



ECPAT Deutschland e.V.
Arbeitsgemeinschaft zum
Schutz der Kinder
vor sexueller Ausbeutung

Pressemitteilung

ECPAT Deutschland begrüßt die Empfehlungen des Europarats zur dringenden Umsetzung des Bundeskooperationskonzeptes zum Schutz von Kindern vor Handel und Ausbeutung an die Bundesregierung - Zweiter [Evaluierungsbericht](#) von GRETA für Deutschland veröffentlicht

Freiburg, 21.06.2019 – Die Expert_innengruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels des Europarats (GRETA) empfiehlt Deutschland größere Anstrengungen zu unternehmen, insbesondere bei der Identifizierung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Dazu sollten Behörden auf allen staatlichen Ebenen das [Bundeskooperationskonzept](#) „Schutz und Hilfen bei Handel mit und Ausbeutung von Kindern“ (BMFSFJ/ECPAT/KOK, 2018) vorrangig umsetzen.

„Das Bundeskooperationskonzept bietet eine hilfreiche Orientierung, wie bei einem Verdachtsfall auf Kinderhandel ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen aller Beteiligten gelingen kann. Doch das muss gelernt werden. GRETA betont, dass Fachkräfte besonders der Jugendämter, Schulen, der Polizei und diejenigen, die mit unbegleiteten und geflüchteten Kindern arbeiten Fortbildungen erhalten sollen“, sagt Dr. Dorothea Czarnecki, Referentin zum Schutz vor Menschenhandel bei ECPAT Deutschland und Autorin des Bundeskooperationskonzeptes. *„Kinderschutz kostet Geld. Mit Minimallösungen wie bisher kommen wir nicht weiter. Die Landesregierungen müssen endlich entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, damit Behörden ihre Mitarbeitenden durch Fachwissen und Kompetenzaufbau vor Fehlentscheidungen und Nicht-Handeln schützen können.“*

GRETA beobachtet mit Sorge, dass zwischen 2014 und 2017 insgesamt 99 Fälle der Kontaktabbahnung junger Mädchen durch sog. Loverboys mittels Internet registriert wurden. Diese täuschen erst eine Liebesbeziehung vor und zwingen die Mädchen dann in die Prostitution.

Eine zentrale Forderung des gestern veröffentlichten GRETA Berichts an die Bundesregierung ist zudem die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans oder einer Gesamtstrategie gegen Menschenhandel – ein Defizit. Dies hatte die GRETA Kommission bereits im letzten Evaluierungsbericht zur Umsetzung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel angemahnt.

Dank Mitteln des BMFSFJ unterstützt ECPAT Deutschland noch bis 2021 gerne alle interessierten Landesregierungen und Akteure beim Aufbau von Strukturen gegen Handel und Ausbeutung Minderjähriger und bietet auch Fortbildungen dazu an.

Weitere Informationen und Presseanfragen an:

ECPAT Deutschland e.V.

Mechtild Maurer –Pressesprecherin V.i.S.d.P., Alfred-Döblin-Platz 1, 79100 Freiburg

E-Mail: maurer@ecpat.de

Tel.: 0171 - 4166 042

www.ecpat.de